

17/19, und circa 3500 Personen der A. C. G.-Treibriemenfabrik, Hutterstraße 12/16, ebenfalls die Arbeit einstellen. Sie beschließen, nach dem Innern der Stadt zu ziehen, um für die Lebensmittel zu demonstrieren. Die Arbeiter, die der rassistischen Richtung nicht angehören, verlassen zwar auch ihre Arbeitsstätte, begaben sich aber nach ihren Wohnungen.

Der Vollzugsrat auf der Geldhufe.
Wenn es gestattet ist, einen oder mehrere Mäße hinter die Kulissen des Berliner Vollzugsrates zu tun, muß die Hände über den Kopf zusammenschlagen, wie von diesem mit dem Gelde der Steuerzahler umgegangen wird. Erst vor kurzem machte die Nachrie die Runde durch die Wälder, daß der Vollzugsrat innerhalb 3 Wochen mehr als 800 Millionen verbraucht hat. Die von ihm vorgelegte Abrechnung stimmte nachlässig wie jede Kirchenrechnung auf den Pfennig genau, aber es ist wohl anzunehmen, daß sie einer Nachprüfung durch die Oberrechnungskammer zweifellos nicht Stand gehalten hätte. Diese Finanzwirtschaft mußte natürlich über kurz oder lang zu einer bedenklichen Lücke im Geldbeutel des Vollzugsrates führen, und so ist dieser denn auch jetzt an die Regierung mit der Forderung herangetreten, ihm neue finanzielle Mittel zu verschaffen. Der von der Regierung als Vorbedingung eingeforderte Etat konnte selbstverständlich für sich nicht anerkannt werden, und infolgedessen wurde die Forderung des Vollzugsrates abgelehnt. Damit ist ein neuer Konflikt zwischen Vollzugsrat und Regierung entstanden, auf dessen Lösung man nach mehr als einer Richtung gespannt sein darf.

Der Gegenatz der Entente zu Wilson.

Genf, 16. Dez. Nach einer Meldung aus Paris wird das Programm Wilsons voraussichtlich eine Änderung erfahren, da die Allieen an die Front vertrieben werden soll, wenn Lord George mit dem Außenminister Balfour tatsächlich am Dienstag in Paris eintrifft. In dem Umlande, daß Lord George die geplante Erklärung Wilsons in Brief aufgegeben hat, wird in diplomatischen Kreisen ein Beweis dafür erbracht, daß die Gegenätze über die Kriegsziele auch durch die inzwischen eingeführten Verhandlungen noch nicht beseitigt werden konnten. Wenn der Präsident zweifellos entschlossen ist, an seinen 14 Punkten festzuhalten, besteht bei den letzten Stellen der alliierten Großmächte nach wie vor nicht die geringste Neigung, auf ihr anerkennendes Programm zu verzichten. In unterrichteten Kreisen wird sogar erwartet, daß zwischen Großbritannien und Frankreich und Italien bereits ein prinzipielles Einvernehmen über die Friedensbedingungen erzielt worden ist, das als Gegenwärtiges gegen die verächtliche Politik Wilsons gebildet ist.

Begründung Wilsons durch Entente-Monarchen.

Bern, 16. Dez. (Privatlet.) Das „Berliner Intelligenzblatt“ meldet aus Paris: „Am Ende des Jahres werden in Paris der König von Italien, Prinz Alexander von Serbien, König Alexander von Griechenland, das rumänische Königspaar und eine Abordnung der britischen Marine zur Begründung Wilsons eintriften.“

Der „Rechtsfrieden“ der amerikanischen Republikaner.

Die „Zeitschrift Ill. Ill.“ meldet aus Zürich: „Der „Wahrheitsfreund“ aus New York, das der Senator Lodge, Führer der Republikaner, im Senatsauschuß folgende 21 Friedensbedingungen als Antrag eingebracht hat:“

1. Herausgabe aller an Geld oder sonst bereits erhobener Entschädigungen durch die Mittelmächte.
2. Wiedergutmachung aller Schäden durch die Mittelmächte.
3. Entschädigung für alle ermordeten oder verwundeten Zivilpersonen.
4. Die Kriegskosten sind von den Mittelmächten zu tragen. Öffentliche und private Hilfsmittel der Mittelmächte werden zu dieser Entlastung herangezogen.
5. Ersatzbringungen wird an Frankreich zurückgegeben.
6. Das irrende Italien wird an Italien zurückgegeben.
7. Die Gebiete unter türkischem Regime werden befreit und dem Völkerrecht der Verbündeten unterstellt.
8. Die Dardanellen kommen unter Kontrolle der Verbündeten.
9. Serbien und Albanien, Rumänien und Griechenland bekommen Gebiete angewiesen, die den Volkswünschen, den Rassen- und Sprachverhältnissen angepaßt sind.
10. Polen, die Tschechen, Slowaken und die Südslaven werden unabhängig und erhalten diejenigen Gebiete, in denen sie die Mehrheit besitzen.
11. Schleswig-Holstein entscheidet über seine Zugehörigkeit selbst. Luxemburg wird unabhängig oder mit Belgien oder Frankreich vereinigt, entsprechend dem Wunsch der Bevölkerung.
12. In Rußland wird die Ordnung wiederhergestellt. Maßnahmen zur Sicherung gegen jeden neuen deutschen Einfluß werden getroffen.
13. Die deutschen Kolonien werden nicht zurückgegeben.
14. Der Nord-Ostsee-Kanal und Helgoland kommen unter die Kontrolle der Verbündeten.
15. Die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest werden annulliert.
16. Die Kriegsmarine der Mittelmächte wird den Verbündeten ausgeliefert.
17. Entwaffnung der Mittelmächte.
18. Befreiung von Teilen feindlichen Gebietes bis zur völligen Herrschaft und Wiedergutmachung.
19. Aufrüstung und Befreiung nicht nur des Kaisers, sondern aller am Krieg verantwortlichen Personen.
20. Internationale Schiedsgerichte und Völkerrecht.
21. Verbesserung der Rohstoffe durch die Verbündeten.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?
Hochpreis- und Fleischwaren-Verkauf: Am 18. Dezember von 9-11 und 2-5 bei Hoffmann, Markt 6, von 2-6 bei Möbner, Zister Keller und von 9-12 sowie 2-4 bei Maunhoff, Obere Bräuelstraße.

Vor der völligen Einstellung des Personenverkehrs.

Infolge der Mangelversorgung unseres vollen Materials gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages mußte eine weitgehende Beschränkung des Verkehrs eintreten, und es ist mit der völligen Einstellung des Personenverkehrs bemäht zu werden.
Eine Butter-Weihnachtsübertragung der Stadt.
Wie mitgeteilt, gelangen seitens des hiesigen Lebensmittelamtes am Sonnabend 40 Gramm Butter zur Ausgabe. Außerdem gehören Magistrat bzw. hiesiges Lebensmittelamt den Haushalten eine besondere Weihnachtsübertragung in Form einer Sondergabe.

von 50 Gramm guter Butter, die am Montag und Dienstag nächster Woche zur Verteilung gelangen soll. Diese zum feste hochwillkommene Sonderbezugung war nur infolge Mangel an in den vorhergehenden Wochen möglich. Heute wird man für die vordringlichste Maßnahme den zuständigen Stellen dankbar sein.

Truppenengpässe.
Montag abend sind hier circa 250 Soldaten jüngerer Jahreshlassen aus Altenburg angekommen. Sie sollen zur Verstärkung des in seinen früheren Besitze fast gänzlich aufgelösten Landwehr-Bataillons zur Angliederung nach dienen. Die Einquartierung ist zunächst in der Altenburger Schule erfolgt.

Die Ausgabe der neuen Lebensmittelleiste.
erfolgt am 17., 18. und 19. Dezember im alten Rathaus in der Burgstraße.

Im Lebensmittel.
gelangen für die Woche nach dem feste Rohkräusen und Sappennärfel zur Ausgabe. Mit der Nährmittelauslieferung hapert es augenblicklich sehr.

Wochel im Vorstand der Kriegsamtsstelle Magdeburg.

Wie die „Magdeburger“ hört ist der Vorstand der Kriegsamtsstelle Magdeburg, Bittmeier H. R. Klamroth, auf seinen Wunsch — um sich wieder einen geschäftlichen Unternehmungen zu widmen — durch das Kriegsamtsministerium von der weiteren Wahrnehmung der Geschäfte des Kriegsamtsvorstandes entbunden worden.

Geldbüchsen zur hiesigen Waisenpension.

Infolge Erlaß des Kriegsamtsministeriums können sämtliche in den Truppenbüchsen lebenden und bei den demobilisierenden Truppen freizugebenden Geldbüchsen an Städtische Einrichtungen, Fabriken usw. zur Waisenpension der Zivilbevölkerung verkauft werden.

Eine zweite Forderungserklärung für die Kreise Merseburg und Mansfeld-Gebiete.
Am 20. Dezember 9 Uhr vormittags in den Stallungen der Landwirtschaftskammer zu Halle (Unterbergstraße) statt.

Der Eingang anonymer Anzeigen beim Generalkommando betrifft eine Bestimmung im der vorliegenden Nummer, auf die wir besonders hinweisen.

Bahnplan-Änderung.

Der abgeänderte Plan über Segung der Gleisstraße für die elektrische Fernbahn Merseburg — Riesa an dem Endpunkt hinter der Werderburger Gasanstalt liegt vom 17. bis 30. Dezember im Bureau des Centralrats aus, desgleichen in derselben Zeit der Plan zu einer normalspurigen Aufstufbahn der Gruben „Leonhardt“ und „Otto“ nach der Anschlußbahn von Grube „Elise II“ und nach dem Monnauer? Merseburg.

Ein Aufruf an alle Arbeiter und Soldatenräte des Regierungsbezirks Merseburg.

veröffentlicht der hiesige Bezirks-A. u. S. Rat. Es heißt darin: „Alle Arbeiter und Soldatenräte des Regierungsbezirks Merseburg, auch Organisationsräten, die dem Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat ihre Adresse nicht eingeschickt haben, werden gebeten, sie unverzüglich zu tun, damit ihnen von hier aus Material zugesandt werden kann. Außerdem werden die Adressen benötigt, da in Berlin die Schaffung einer zentralen Arbeiter- und Soldatenräte im Gange ist. Es ist wünschenswert, daß die Adressen bis spätestens 20. Dezember im Besitz des Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrates sein.“

Einladung entlassener Seemannsangehöriger.

Die oberste Seeresetzgebung hat angeordnet, um eine ordnungsmäßige Entlassung durchzuführen zu können, daß bei Anstellung in Staatsbetrieben und, soweit dies irgendwie denkbar ist, auch in Privatbetrieben die ordnungsmäßige Entlassenen unbedingt den nicht ordnungsmäßig Entlassenen vorgezogen werden. Das Zentralauswahngesamtsamt hat die Regierung ersucht, um ein Demobilisierungsamt für die Abfertigung weiter und bittet entsprechend dieser Anregung zu verfahren. Es ist auch unbedingt notwendig, daß diese Anregung entprochen wird, weil die ohne ordnungsmäßige Entlassung vom Truppenteil weggezogene Mannschaften eine außerordentliche Gefahr für die öffentliche Gesundheit bilden, da sie sehr wohl mit ansteckenden Krankheiten, besonders Geschlechtskrankheiten, aber mit Krühen befallen sein können, welche fließende übertragen. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß gerade derartige Leute sich sehr oft der letzten ärztlichen Untersuchung entziehen. Jede Stelle erfüllt daher eine vordringliche Pflicht, wenn sie nicht ordnungsmäßig entlassene Leute nicht einstellt bzw. auf sofortige Nachholung der ordnungsmäßigen Entlassung dringt.

Die evangelischen Pfarrstellen in der Provinz.

130 umliegende evangelische Pfarrstellen zählt zurzeit nach einer Aufstellung vom 30. November 1918, die jedoch vom Magdeburger Konsistorium veröffentlicht wird, die Provinz Sachsen bei einem Vorkhandeln von rund 1700 ortsfestlichen Pfarrstellen. Davon entfallen 70 auf den Regierungsbezirk Merseburg.

Im Kaiser-Panorama.

wurden diese Woche prachtvolle Bilder vom Bezug gezeigt, die das höchste Interesse beanspruchen.

Kammer-Vorstellung.

In dem vornehmen Hippolytshaus in der Kleinen Ritterstraße fand ein großartiger Spielplan dem anber. Nachdem am Montag abend nochmals das bedeutende Filmmittel „Das Buch der Tränen“ bewundert werden konnte, wird von heute Dienstag ab das erregende Schauspiel „Die Sprache der Bergarbeiter“ vorgeführt. Für die Weihnachtsstage liegen besondere Vergünstigungen bevor.

Aus Kreis und Nachbarreisen.

60 Gramm gute Butter

gelangen seitens des Landkreises für die Weihnachtswoche auf die gewöhnlichen Feldmarken zur Verteilung.

Ehrenverleihung in der Latina der Französischen Stiftungen.

Halle, 17. Dez. Am Sonntag, 15. Dezember, fand eine zahlreich besuchte Versammlung von Eltern der Schüler der Latina statt, in der über die belannten Erlasse des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und damit im Zusammenhang lebende Beschlüsse beraten wurde. Die Versammlung sprach ihr volles Vertrauen zu der Leitung der Schule und ihren Einrichtungen aus und stimmte folgenden Entschlüsse einstimmig zu: 1. Wieder die Schule nach die ihr vorgelegte Behörde darf in die Rechte des Elternrates eingreifen und den Schülern die in dem Ministerialerlaß vom 27. November 1918 — II. II. 1917 — zugedachte völlige Freiheit zur Bildung von Vereinen geben. 2. Die in demselben Erlaß vorgeschlagene Bildung einer Schulgemeinde und eines aus ihr hervorgehenden Schulrates werden mit Eltern mit aller Entschiedenheit für unzulässig erklärt; wir wünschen die Beibehaltung und weitere Ausbildung der schon bestehenden Selbstverwaltung. 3. Wir Eltern fordern, daß der Religionsunterricht an der Latina auch weiterhin nach dem jetzigen Verfaßten erteilt wird.

Selbstmord einer Frau mit ihren 3 Kindern.

Annaburg (Bez. Halle), 17. Dez. Die neuerwählte Arbeiterfrau Drauske aus Annaburg erkrankte sich mit ihren drei kleinen Kindern im Lausener Feldweg.

Aus Provinz und Reich

Neue Bürgermeister.

Wittenberg, 17. Dez. Nachdem nach 24jähriger Amtszeit unser bisheriger Bürgermeister Dr. Schürmann in den Ruhestand getreten ist, wurde von dem Stadtobern der leibliche Bürgermeister Dr. Heilmann zum ersten Bürgermeister unserer Vaterstadt gewählt. Unter Anwesenheit der Regierungsräte Ansohn und Hochke aus Wittenberg fand im Stadtobernbesprechungslokal die feierliche Einführung unseres neuen Stadtobernbesprechungslokal in der letzten Stadtobernbesprechung wurde der neugewählte Dr. Heilmann aus Wittenberg als zweiter Bürgermeister von Wittenberg in sein Amt eingeführt.

Selbstmord aus Gram über das Vaterland.

Rubrg, 16. Dez. Durch Erschießen machte auf dem Friedhof der Hauptkassierer der hiesigen Staatskasse, Kasemann Max Müller, seinem Leben ein Ende. Der freiwillig aus dem Leben Geschiedene war als äußerst pflichtgetreuer Beamter allseits geschätzt. In einem hinterlassenen Brief schreibt er: „Ich kann das Schreckliche, das über unser armes Volk hereinbrechen ist und noch kommen wird, nicht überleben.“

Einbrüche.

Gelsen, 17. Dez. Hier sind Einbrüche an der Tagesordnung. Auf dem Rittergut Gelsen wurde innerhalb 3 Wochen nicht weniger als 6 mal eingebrochen, jedenfalls ein Zeichen, daß es dringend notwendig ist, einen energischen Ausschleissbeamten nach hier zu beordern, soll nicht das Saubere der hiesigen Gegend noch mehr gefährdet werden. Dem Vorkassierer Schreiber sind in einer der letzten Nächte seine sämtlichen Kassen im Werte von 500 Mk. gestohlen worden.

Raubmord.

Berlin, 17. Dez. Der Landwirt Karl Wolf in Rosewinkel-Ausden in der Provinz sowie seine Ehefrau und deren achtjähriger Sohn wurden in ihrer Wohnung ermordet. Die Frau des Landwirts Karl Wolf wurde erschossen. Die Täter kamen einige Stunden vor dem Mord als Familie an und fundstehende die Gelegenheit aus. Gestohlen wurden Kriegsanzugsstücke und 2000 Mk. bares Geld.

Wettervorausage

Mittwoch, 18. Dezember. Noch keine Witterungsänderung.

Letzte Depeschen

Schmachvolle Behandlung unserer Warthauer Gesandtschaft.

Scheldner der Entente.

Berlin, 17. Dez. (Via. Draht.) Die polnische Regierung in Warthau hat von einigen Tagen die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und unsere Gesandtschaft zurückgeschickt. Der Sonderzug mit dem Gesandten Grafen Kessler, dem Gesandtschaftspersonal und etwa 60 Deutschen aus Warthau ist heute morgen in Berlin eingetroffen. Die Gesandtschaft ist während der ganzen Zeit ihres Aufenthaltes in Warthau in einer derart schmachvollen Weise von einem Teil der Warthauer Bevölkerung behandelt worden, daß der Bericht darüber die Entrüstung der ganzen Welt hervorgerufen muß. Die Sache ging aus von der nationaldemokratischen Partei. Sie steht in enger Verbindung mit den polnischen Nationalisten in Paris, als dessen Abgeordneter einige Tage vor der Abreise der Gesandtschaft Prof. Grabitz in Warthau ankam. In Warthau hielten sich ferner zwei amerikanische Journalisten auf, die, wie wir zuverlässig hören, große Geldmittel der Entente nach Warthau gebracht haben, um gegen Deutschland die Heipolitik zu betreiben.

Nachtritt des Kriegsministers Scheid.

Berlin, 17. Dez. (Via. Draht.) Wie der Volkswachtbote Langberg im Verlaufe der heutigen Verhandlungen des Reichstages mitteilte, hat Kriegsminister Scheid am gestrigen Montag seine Entlassung eingereicht.

Der Wirrwarr in Reutlingen.

Berlin, 17. Dez. Der „P. A.“ meldet zu der gegen die Spartakusbewegung gerichteten Bewegung in Reutlingen, daß auf Anordnung des Polizeipräsidenten Eichhorn die Truppen, die gegen die Spartakisten vorgehen, abziehen mußten.

Weiler teilt der „P. A.“ mit: Da auch die hiesigen Beamten und Arbeiter den Nachtritt des Spartakusrates fordern und mit einem Streik drohen, hatte der A. u. S. Rat die hiesigen Arbeiter durch Flugblätter zu einer Versammlung um 5 Uhr nachmittags eingeladen. Der Arbeiterauschuß aber hat die Parole erlassen, dieser „Aufsiedlung“ fernzubleiben. Das Ministerium der hiesigen Arbeiter und Beamten läßt am heutigen Freitag um 10 Uhr ab. In bis dahin der Spartakusauschuß zu einer Besprechung zusammenzutreten, um einen allgemeinen Streik zu proklamieren. Dies würde einen Stillstand der gesamten Gas- und Elektrizitätsversorgung und ein Aufhören der Lebensmittelbeschaffung bedeuten. Um diesen Möglichkeiten vorzubeugen, haben die Spartakusleute gestern abend den Mehrheitsentscheid mehrere Dutzend im A. u. S. Rat angeboten. Es ist jedoch fraglich, ob diese auf den Vergleich eingehen werden.

20 000 streikende Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Berlin, 17. Dez. Aus Essen wird der „Täg. Allg.“ gemeldet: Die Zahl der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier beziffert sich heute unter Zusammenrechnung sämtlicher Schichten auf 2 000.

Reval und Dessel geräumt.

Königsberg, 15. Dez. Wie aus Reval gemeldet wird, haben die deutschen Truppen Reval und Dessel geräumt und die Verwaltung den estnischen Zivilbehörden übergeben.

Weigerung der Schweiz, Kaiser Karl aufzunehmen.

Basel, 16. Dez. (Via. Draht.) Die Wälder berichten: Der österreichische Staatsrat hat bei der Schweizer Bundesregierung angefragt, ob sie dem Aufenthalt des Kaisers Karl mit seiner Familie in der Schweiz zustimme. Darauf erfolgte eine ablehnende Antwort, mit Bezug auf die schiedlichen Erfahrungen, die Holland mit Wilhelm II. gemacht habe.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Deutschnationale Volkspartei

Einladung!

„Unser Vaterland blutet nach vierjährigem Krieg aus schweren Wunden; es steht vor der Gefahr der Auflösung. In Stelle von Recht und Ordnung droht der Umsturz aller Dinge. Vieles ist zertrümmert worden, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu geben. Ueber unsere Zukunft wird die Nationalversammlung entscheiden, die baldigt einzurufen werden muß. Wir sind bereit, auf dem Boden jeder gesegmähigen Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jegliche Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse verwahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Frieden und Sicherheit, Arbeit und Brot.

Staat und Gesetz, ausgerüstet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern und jedem Stande die ihm gebührenden Rechte zu wahren.

Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als stiftliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und deutsche Art müssen mehr als bisher unser ganzes Volkstum erfüllen.“

Mit diesen Worten ist die

Deutschnationale Volkspartei

auf den Plan getreten. In weiten Kreisen hat ihr Aufruf gezündet. Ein Beweis, wie groß die Sehnsucht ist nach Aufrichtung von Recht und Ordnung, nach Sicherung und Erhaltung der schwer bedrohten christlichen Grundlagen unseres Volkslebens, nach Verteidigung der in großer Zeit einst gewonnenen nationalen Einheit, die allein unter den Völkern der Erde dem unseren ein menschenwürdiges Dasein verbürgt. Der Aufruf hat schon jetzt zu einer nicht hoch genug zu schätzen Vereinfachung unseres Parteiwesens geführt. Alle rechts stehenden Parteien haben hier den gemeinsamen Boden gefunden, auf dem sie die Wahlen zur Nationalversammlung vollziehen und in ihr arbeiten wollen. Immer mehr Mitglieder der bisherigen nationalliberalen Partei schließen sich an und auch aus weiter links stehenden Kreisen bringt jeder Tag neuen Zuwachs. Besonders erfreut zeigen sich alle die, welche wegen der Zersplitterung der Parteien und der Beengtheit der Parteiprogramme bisher dem politischen Leben ferngeblieben sind. Allgemein wird dabei auch den folgenden einzelnen Grundsätzen der Partei zugestimmt:

- 1) Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum, das seine Einheit, Freiheit und Selbständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen.
- 2) Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.
- 3) Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Das Privateigentum ist gegenüber den geplanten Eingriffen der Sozialdemokratie zu schützen. Dem gleichen Wahlrecht stimmen wir auf Grund der neuesten Entwicklung zu.
- 4) Wir halten fest an dem Grundgeden der Privatwirtschaft, sind aber gewillt, sie durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern.
- 5) Wir fordern den schleunigen Abbau der im Kriege geschaffenen staatlichen Zwangswirtschaft und die Auflösung der Kriegsgesellschaften.
- 6) Eine durchgreifende Abhilfe der Wohnungsnot ist als Voraussetzung jeder gesunden Bevölkerungspolitik auch durch Schaffung von Heimstätten wirksam zu fördern.
- 7) Wir fordern Wiederbevölkerung des platten Landes durch umfassende Siedelungspolitik zur Schaffung von Bauernland und Eigenwirtschaftsmöglichkeiten für Landarbeiter. Hierfür ist Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und Privater in angemessenem Umfange gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

8) Für die Wiederaufrichtung des durch den Krieg schwer geschädigten Mittelstandes, auch der geistig arbeitenden Teile der Bevölkerung, werden wir eintreten.
9) Der Ausbau unserer Sozialpolitik ist fortzusetzen. Das Koalitionsrecht aller Arbeiter ist sicherzustellen. Der soziale Aufstieg ist zu erleichtern.

10) Den Beamten, Lehrern, Militärpersonen und Angestellten, den Pensionären und Alpenpensionären ist eine rechtlich und wirtschaftlich gesicherte Lebensstellung zu gewährleisten. Das Beamtenrecht und das Staatsarbeiterrecht ist in neuem Geiste zu gestalten.

11) Weitgehende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen ist Pflicht des Reiches.

12) Die Verwaltung ist zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Ämter in Stadt und Gemeinde sind ohne Rücksicht auf Parteistellung und religiöses Bekenntnis nach Maßgabe der Befähigung der Beamten zu besetzen. Das Prüfungswesen darf nicht ausschließlich für den Eintritt in einen Lebensberuf entscheidend sein.

13) Wir treten für eine freibeitliche Gestaltung der Gemeindeverfassungsgeetze ein.
14) Die öffentlichen Abgaben sind nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit aufzubauen. In dem einheitlich aufzubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen in ausgebreitetem Maße zur Steuer heranzuziehen, soweit es eine gesunde Volkswirtschaft zuläßt. Die Kriegsgewinne sind auf das schärfste zu erfassen.

15) Weitgehende Fürsorge für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes ist notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Bildung ist auch wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Pflege geistigen Lebens und geistiger Werte werden wir uns angelegen sein lassen.

16) Die Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben ist geboten.

Wir unterzeichneten Merseburger Bürger richten an alle zur Nationalversammlung wahlberechtigten Männer und Frauen, die in den Zielen der Deutschnationalen Volkspartei ihre eigenen Ziele und Wünsche verkörpert sehen, die Bitte, sich in einer Gruppe der großen nationalen Sammlungspartei, die uns bisher gefehlt hat, zusammen zu schließen. Die Gruppe möge dann schnell an die Arbeit der Aufklärung und an die Vorbereitung der Wahl gehen. Sie möge sich aber nicht auf die Stadt Merseburg beschränken, sondern unsern ganzen Kreis umfassen. Wir fordern deshalb auf

Sonnabend, den 21. Dezember

nachmittags 5 Uhr

in Müllers Fremdenhof in Merseburg

eine Gruppe der Deutschnationalen Volkspartei für den Kreis Merseburg zu bilden, und laden alle Wahlberechtigten in den Städten und auf dem Lande, die die Gruppe gründen und ihren Vorstand wählen wollen, zur Teilnahme an dieser Versammlung ein.

Bäckermeister Alberts,
Kaufmann Arns,
Drogist Aigel,
Buchdruckereibesiger Valt,
Buchbinder, obermeister Baum,
Lehrer Berger,
Stadttrat Blankenburg,
Landesrat Bothe,
Kaufmann Daumann,
Gebrüder Dietrich-Königsmaße,
Rechnungsrat Eichardt,
Weinhändler H. Frank,
Weinhändler W. Frank,
Prokurist Franz,
Amtsgerichtsrat Goelchen,
Seminarlehrer Golling,
Maurermeister Günther,
Mühleneibesiger Heberer,
Generalinspektor a. D. Herbers,
Fabrikbesitzer Herrich,

Rechnungsrat Heyer,
Landwirt und Kaufmann Heyer,
Professor Dr. Hoyer,
Bankdirektor Klare,
Verwaltungsgerichtsdirektor a. D. Klingholz,
Studienassessor Kohnmann,
Dr. Koelner,
Oberkreisleiter Kohrenel,
Kalkulationsassistent Morche,
Botenmeister Neupert,
Dr. Nitsche,
Telegraphenaufwärter Nitsche,
Schuhmachermeister Pagenhardt,
Buchhändler Pouch,
Rechtsanwalt Dr. Rabenmayer,
Supernumerar Reich,
Rechnungsrat Riemschneider,
Landesbauamt Rupprecht,
Generaldirektor Schebe,
Kanzleibehilfsarbeiter Schinböthe,

Materialwarenhändler Carl Schmitz,
Justizrat Scholz,
Uhrmacher Schüler,
Bureaudirektor Schütze,
Rechnungsrat Schwennigke,
Gutsbesitzer Stecker,
Kupfermeister Stein,
Krieger Stehrig,
Kaufmann Tänzer,
Generalinspektor Vater,
Regierungsbetriebsrat Weber,
Kohlenhändler Weber,
Professor Dr. Webbing,
Oberkreisleiter Wegelosen,
Mittelschullehrer Witz,
Landeshauptmann v. Witkowski,
Generaldirektor Winkler,
Kreis-Generalkonsultations-Inspektor Wolf,
Kzt Dr. Wolf,
Pastor Wulfe.

Zu näherer Aufklärung und Annahme weiterer Unterschriften haben sich die Herren Buchhändler Pouch und Kaufmann Tänzer bereit erklärt.

Verleger: V. Dalg. Verantwortliche Redaktion, Politik: J. Taepfer, Dertl. und prov. Teil: B. Klöding, Sporn: M. Dohscheimer, Anzeigen: V. Dalg. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt V. Dalg., sämtlich in Merseburg.

Politische Rundschau

Kein Bedürfnis für einen Zutritt des Reichstages.

Berlin, 17. Dez. Der Präsident des Reichstages, Fehrenbach, teilte den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach Verlängerung des Waffenstillstandes und Hinausschiebung der Verhandlungen zunächst kein Bedürfnis für einen Zutritt des Reichstages besteht.

Wie die Revolution vorbereitet wurde.

In einer Verlesung des A. und S. Rates in Magdeburg erklärte der Führer der Unabhängigen, das Exekutivmitglied Vater:

Uns ist diese Revolution nicht überaus gekommen, seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war intensiv und gefahrlos zugleich, wir haben sie mit vielen Tausenden und Gefährdung begleitet. — Die Partei hatte eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führten, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht verpflichtet; die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterirdischen Anhaltspunkten versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zernähren sollten. Diese haben die Soldaten befreit, überzogen; und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen.

Die Willkür wächst.

Berlin, 16. Dez. Nach dem „B. L. M.“ soll der Vorkriegsstand der A. und S. Räte von Großherren die weitere Beschäftigung der beiden Landgerichtsdirektoren in Straßburg unterlagert haben. Ähnliches soll auch bei anderen Landgerichten vorgekommen sein.

Die Fleischpreisen als Aufstufsmittel.

In Braunschweig hat der Minister für Kultus und Unterricht sein Amt niedergelegt und ist, wie die „Germania“ meldet, nach längerer Haft im Schloß jetzt von der Regierung, die ganz in den Händen der Unabhängigen liegt, freigelassen. Die „Volkstimme“ für Wolfenbüttel wendet, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, eine Frau, die in der Ehe verstoßen ist, wird man wohl, darin, daß sie die unteren Klassen der Volksschule bis zur dritten Klasse besucht hat, die sie im 14. Lebensjahre erreichte, und daß sie mit Fleischpreisen in einem größeren Saalbau und mit Zeichnungsaufträgen beschäftigt war. Sie hält täglich Sprachstunden im Ministerium und hat bereits die Oberaufsicht über den Vertreter der Technischen Hochschule und die Professoren des Konfessionsunterrichts empfangen.

„Sportfestsjugend“.

Berlin, 16. Dez. Sportfestsjugend, 13. bis 17-jährige Knaben und Mädchen, zogen Sonntag vormittag kermend und unter Hochrufen auf Liebknecht und Rosa Luxemburg nach dem Abgeordnetenhaus und forderten Sachverständigen für Jugendliche unter 16 Jahren, Abschaffung der Wehrpflicht und des Zuchtstrafgesetzes, Schaffung eines Jugendgesetzes unter Mitwirkung Jugendlicher und Volkshäuser.

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von Friedrich Hey.

11) (Nachdruck verboten.)

Es war ein brauner, guter Mann, und bei aller Steifheit und Formlichkeit freundlich und lebenswürdig. Ein städtischer und gewöhnlicher Beamter dazu. Zwar hätte man ihn gewöhnlich die Auswertung wichtiger Vorlagen übertragen und solche Neuerungen von ihm erwartet, ihn auch kaum mit der rednerischen Zierlichkeit der Regierung im Parlament betraut, aber die Vorgesetzten schätzten seine peinliche Gewissenhaftigkeit und seine korrekte Befinnung und Haltung.

Das einzige, was Hartig mit den grandioseren Daffel gemeinsam hatte, war der gemeinsame Haß. Der reichte, wie bereits erwähnt, zurück bis in die Zeiten, da sie beide auf die Freie gingen. Etwas hat damals die abendliche und „bureaucratischen“ Titel des Nebenwählers gefestigt und geübt. Demo Hartig aber grüßte dem „Parlament“, weil dieser ihm keine „Jugendliebe“, das „Nachbarschafts- und Mädchen“, mitunter der lebenslänglichen Summe Eigenen vor der Nase weggenommen hatte. Hartig hatte sich demgegenüber. Statt der Hausenstocher war ihm mit seiner Reonore die dritte Tochter eines hochverehrten Vorgesetzten zugefallen, fast privater Zusage nur habe amtliche Empfehlungen seiner Tätigkeit an noch höhere Stellen.

Wenn man sich einmal zufällig in einer Gesellschaft traf, so ärgerten und mokierten sich Daffel über die Neuerungen, die man dem Herrn und der Frau Oberbürgermeister erlaubte, indem sie nur „Herr und Frau Daffel“ hießen, und über die beiden Orden, die Demo Hartig stolz zur Schau trug, während Hartig sich mokieren und ärgern über die großen Brillantstücke auf Herrn Daffels Hochzeitsfeier, die Heiligenschein Brillanten in den Ohrschuppen, die große Brillantbroche am Hals und die mächtige rechteckige Pränzipalgestalt in den Haaren der Frau Daffel, über die silbernen, altertümlichen Modestücken von Wäma und Hüden, hingegen Frau Hartig und ihre beiden Töchter über alle Fragen immer wieder unwillkürlich ausließen. Hatten Daffel die Dinstöcke im Hause und zwei taubstumm taubstumm, so behielten sich Hartig mit ihrer einzigen Minna, einem hübschen und einen Kanarienvogel, und warf Herr Daffel die Gedächtnis nur so zum Besten hinaus, lo sparten und geyten Herr und Frau Hartig der gegenseitigen Kontrolle um jeden Preis und Pfennig.

So arg nötig hatten sie das eigentlich nicht. Er hatte von seinem Papa her, der neben der Dampfmaschine noch ein bißchen in Grund-

rigkeit mit dem 18. Lebensjahre. Ein 17-jähriger Burde drohte, wenn diese Forderungen vom Zentralkomitee durchgeführt würden, werde er die „Macht der Demonstrationen“ zu fühlen bekommen.

Befreiungen zur Wiedereinsetzung Kaiser Karls.

Aus Kopenhagen wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von einer Seite, die als zuverlässig bekannt ist, folgendes mitgeteilt:

Vor etwa einer Woche ist hier ein bekannter österreichischer Aristokrat eingetroffen. Angeblich in privater Angelegenheit. Wie ich zuverlässig erfahre, ist er mit der hiesigen englischen und französischen Gesundheitsbehörde in Verbindung getreten, um mit ihnen Pläne zur Wiedereinsetzung des Kaisers Karl zu besprechen. Es sollen bei diesen Unterredungen auch die Möglichkeiten eines Anschlusses von Bayern und Schweden an Österreich zur Sprache gekommen sein.

In wessen Auftrag der betreffende Emigrant verhandelt, habe ich bisher noch nicht feststellen können. Er ist nach Stockholm weitergereist, wird aber in den nächsten Tagen wieder in Kopenhagen erwartet.

Die Pflicht zur Arbeit.

„Arbeit, Brot und Frieden“ war die Lösung, unter der die Umwälzung unserer menschlichen Einrichtung ins Werk gesetzt wurde. Damals war der Friede bereits im Anzuge, und viele glaubten, mit dem Frieden zugleich würde ohne weiteres auch eine Besserung der Ernährungsverhältnisse eintreten. Sie haben sich getäuscht, und zwar, wie die neuesten Erklärungen des Reichsernährungsamts zeigen, sehr bitter getäuscht. Durch die eingetretene Unordnung und unübersichtlichen Verbrauch auf der einen, und die uns von den Feinden auferlegten Lasten und Leistungen auf der anderen Seite haben sich unsere Ernährungsfragen verzweifelt gestaltet. Soll eine Rettung vor dem völligen Untergang überhaupt noch möglich sein, dann bleibt nur ein Ausweg: Arbeiten und immer wieder arbeiten!

Alle, die auf Nahrungsmittellieferungen aus dem Ausland hoffen, müssen sich folgendes vor Augen halten: Unser Kredit in den feindlichen und neutralen Ländern ist bei der gegenwärtigen Lage so gering, wie nie zuvor. Die Rohstoffe vermögen wir gegen Lebensmittel nicht einzutauschen, weil wir an Rohstoffen selbst empfindlichen Mangel leiden. Es bleiben uns also als Zahlungsmittel nur Fertigarbitrate, genauer, die zur Herstellung solcher Fabrikate geleistete Arbeit. Mit anderen Worten, was werden, da wir weder Kredit besitzen, noch Rohstoffe haben, mit Arbeit bezahlen müssen. Darin liegen an sich und drückende Aussichten für die Zukunft, aber darin liegt auch die Wohnung an, haben, der es mit seines Vaterlandes und seinem eigenen Schicksal gut meint, in den Leistungen nicht nachzugeben, sich vielmehr noch zu überbieten.

Diese Lage können manche unserer Volksgenossen noch nicht so übersehen. Vielleicht sieht man in letzter Zeit von ungebundenen Aufstrebensbewegungen und von Lohnforderungen der Arbeiter, die in keinem Verhältnis zu der verdammten Arbeitslosigkeit stehen, weder noch Höhe noch Güte der Arbeit. Wenn diese Unzufriedenheit in der Produktion noch länger andauert, werden in kürzester Zeit zahlreiche Unternehmungen den Betrieb einstellen müssen, weil ihre Retoren in Löhnen verabsagt worden sind. Aus dieser Sachlage ergibt sich die Notwendigkeit, die deutsche Arbeitskraft einmündig und kleinstmöglich darüber aufzuklären, daß uns der Frieden nur dann Brot bringen kann, wenn die Arbeitsleistungen auf ein Höchstmaß gesteigert werden. Eine solche Aufklärung mußte von allen berufenen Stellen vorgenommen werden, wobei die furchtbaren Folgen der gegenwärtigen Pro-

duktionsweise erörtert werden mußten. Es muß auch dem Arbeiter klar werden, daß je geringer das Kapital und die Produktion eines Unternehmens wird, gleichgültig, ob es sich um ein verstaatlichtes oder ein privates Unternehmen handelt, desto geringer auch die Nachfrage nach Arbeitern und umso viel niedriger die Löhne naturgemäß werden müssen. Es ist also die Unzufriedenheit der Arbeiter nach, so ist die letzte Folge zunehmender Arbeitslosigkeit, über deren Schäden auch die befehlsgewohnte Erwerbslosenversicherung nicht hinweghelfen kann. Diese Gedankengänge, die jedem modernen Arbeiter geläufig sein sollten, müssen heute mehr als je betont werden; denn nicht der Friede allein, sondern nur ein arbeitsamer Friede bringt uns die Besserung der Zustände, die man mit der Durchführung des Programms „Arbeit, Brot und Frieden“ erhoffte und verlangte.

Aus Stadt und Umgebung

Der Mieterhug in der Stadt Merseburg.

II.

Die Annappe von Wohnungen hat, wie dies zu erwarten war, zu einer ganz erheblichen Steigerung der Mietpreise geführt, die teilweise über den Wert der Wohnungen weit hinausgingen; um eine solche Übersteuerung der Mieter zu verhüten, und andererseits aber auch den Vermietern eine angemessene Vergütung ihres Hauses zu gewährleisten, sind für den Bezirk der Stadt Merseburg mit Ermächtigung des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen nachstehende Bestimmungen getroffen worden:

Alle Vermieter von Wohnräumen müssen dem Magistrat Mietspiegel erstatten, wenn eine seit dem 1. Juni 1917 dauernd oder zeitweise vermietet gewesene Wohnung an einen neuen Mieter zu einem höheren Mietzins vermietet wird, als ihn der letzte Mieter zu entrichten hatte. Erachtet der Magistrat den Magistrat unangemessen, so kann das Mietzinsamt einen angemessenen Mietzins rechtswirksam festsetzen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß etwaige Nebenleistungen des Mieters wie z. B. Wasserzins, Müllabfuhr, Treppenreinigung usw. als Teil des Mietzins anzuhängen und zwar deshalb, weil die Ausgaben, die der Mieter an diese Werte dem Vermieter abzugeben muß, ein ganzes und einheitliches sind, die üblicherweise vom Vermieter getragen und durch den Mietzins wieder eingekauft werden sollen.

Eine einschneidende Bestimmung, die infolge des ganz besonders starken Mangels an Wohnungen, der sich zur Zeit in Merseburg geltend macht, gerechtfertigt wird, ist nun die, daß eine rechts wirksame Abänderung von Wohnräumen in jetzt wieder an der vorherigen Bestimmung des Mietzinsamtes ein ganzes und einheitliches sind und daß eine Abänderung ablaufendes Mietverhältnis auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mietzinsamtes zum Ablauf erwirkt hat.

Durch diese Bestimmung wird ein Rechtszustand wieder hergestellt, der auf Grund verschiedener Anordnungen des Reichsrentenkommissars des 1. Armeebezirks bereits im Jahre 1917 geltend hatte und erst im Dezember 1917 wieder beseitigt worden war. Demnach bestand nämlich ein sogenanntes Abänderungsamt, ohne dessen vorherige Genehmigung eine Abänderung oder Mieterhöhung nicht vorgenommen werden durfte.

Die Rechtslage ist also jetzt so: Will ein Vermieter seinem Mieter kündigen oder die Miete erhöhen, so bedarf er dazu der vorherigen Genehmigung des Mietzinsamtes. Abänderung oder Mieterhöhung ist ohne die Genehmigung, so ist auf Einbruch des Mieters eine Abänderung oder Mieterhöhung für unzulässig zu erklären. Legt der Mieter seinen Einpruch ein, so entstehen ihm dadurch keine Nachteile weil auf Grund dieser Abänderung oder Mieterhöhung, die ohne vorherige Genehmigung des Mietzinsamtes ausgeführt ist, eine Klage beim Amtsgericht auf Räumung oder auf Zahlung eines höheren Mietzins ohne Erfolg bleiben muß. Dasselbe hat wie oben erwähnt zu gelten, wenn ein ohne Abänderung ablaufendes Mietverhältnis sein Ende finden soll. Das Mietverhältnis gilt ohne weiteres als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mietzinsamtes zum Ablauf erwirkt hat, das heißt, ohne die vorherige Zustimmung des Mietzinsamtes ist auch hier eine Klage des Vermieters auf Räumung der Wohnung ohne Aussicht auf Erfolg.

Solange die Wirksamkeit einer Abänderung von der vorherigen Zustimmung des Mietzinsamtes in der oben geschilderten Pro-

Während die stille ältere Schwester niemand auffiel, gefiel sie durch ihr Lebhaftigkeit, ihr liles Klappern; als Mädchen war sie moxeweils und drölig gewesen, das wachte sie, und drölig und netter, so recht lebenswürdig und nett, wollte sie mit aller Abicht an bleiben. Sehr viele Bekannte fanden sie deshalb allerlei lieb und reizen. Erna war nie Besessig gewesen, wollte auch nie jemand gefallen. Kein Wunder, daß Weidlingen etwas von den Eltern vertragen war. So hatte sie auch durch, sich bilden zu können, lief in alle möglichen Vorzüge und Berufsrichtungen, Himperte und sang die neuesten musikalischen Schläger und wurde es stets so eintrübnlich, daß Erna nicht „braun“ war, wenn Papa einmal aus dem Beamtenverdienst billige Theaterstücke gefordert. Und Erna blieb da ruhig und gern zu Hause, las ein gutes Buch und spielte für sich Beethoven, Schumann und Chopin.

Als die Neblwägen aus dem Tisch standen, machte Papa Hartig eine ganzförmliche Handbewegung zur Gattin hin, damit sie zuerst sprach. Das tat er immer so, und ebenso gewohnheitsmäßig sprach Frau Erna: „Ich bitte dich, lieber Hartig, gibm diese, das ist für dich.“ Und dabei deutete sie auf ein feines junges Bündchen, das inmitten von zwei älteren Heinen gelagert war — die sind hüßiger — und legte dem Gatten vor.

Als Minna das Sauerkraut auf den Tisch stellte, wagte sie einen Versuch gegen die Regel, indem sie sagte: „Wissen gnädige Frau schon, Herr Daffel ist verheiratet worden.“

Der Oberbürgermeister herrschte zwar die Dienstbare schart an, verbot sich das Zutragen von nachbarlichem Klatsch ein für allemal, trotzdem hatte er erlaubt Messer und Gabel zu Seiten seines Zellers gelegt. Die Frau Oberbürgermeister aber war, da es sich um eine ungeheure Neugierde handelte, nicht so streng hinsichtlich der Disziplin, deshalb lief sie in höchsten Entzügen: „Minna, woher war's die das?“

Da die gnädige Frau fragte, konnte das Mädchen natürlich ihrem Mitteilungsbefürchtungen freien Lauf lassen und erklärte, daß sie ihre Schube vom Vater nehmen hätte abhaben wollen, daß aber die Frau ihr väterlichem Stillhalten die schlimmsten Vorwürfe bei Daffels Antwort hatte, und das alles für sie schändlich war, denn die Daffelsche Köchin habe selbst drüber bei Stammdis erzählt, sie müsse sich nun einen neuen Dienst suchen; Herr Daffel wäre ins Unternehmungsgeschäft eingekauft worden; Frau Daffel habe ihren Mann verlassen, der Konflikt wäre ausgebrochen, kurz — alles, was der Vater schon weiß, nur ein bißchen von der kleinstmöglichen Reduktion zurückgelassen. Als Minna verhandelt worden, sah sich alle vier Hartigs erlaucht und fragend an.

(Fortsetzung folgt.)

abhängig ist, kommt die allgemeine Ermächtigung des Mietvereinsungesamtes zur Spruchfähigkeit, wie sie im Eingange jeder Verpachtung enthalten ist, nicht zur Ausübung, da, wie schon erwähnt wurde, ein Einpruch des Mieters gegen eine Räumung, die sowohl von Mietvereinsungesamt nicht genehmigt ist, garnicht mehr notwendig wird. Derjenige Mieter, dem also der Vermieter bei der Räumung oder Verpachtung nicht nachgibt, daß er dazu die Genehmigung des Mietvereinsungesamtes begehrt, braucht diese Räumung weder gegen sich geltend zu machen, noch gegen sie Einpruch zu erheben, denn sie ist kraft gesetzlicher Bestimmung unwirksam und kann ihr weder zur Räumung der Wohnung noch zur Erhebung des Mietzinses zwingen. Diese genannten Bestimmungen gehören dem Mieter ein in einem außerordentlichen Schutz, der sich nur aus der starken Wohnungsnot, die mit 3. J. in Merseburg haben, rechtfertigen läßt. Sie sind aber unter keinen Umständen zu auslegen, als ob man der Mieter dadurch ermächtigt wäre, zu machen was er will, und sich etwa zu sagen: Wie kann ja garnichts passieren, ich kann überhaupt nicht aus der Wohnung herausgebracht werden. Wenn auch das Mietvereinsungesamt eben mit Rücksicht auf die große Wohnungsnot grundsätzlich die Genehmigung zu Räumungen nicht erteilen kann, so gilt dies doch nicht für Fälle, in denen dem Vermieter das weitere Befolgen des Mieters in der Wohnung schiedlich nicht mehr zugemutet werden kann, wie z. B. im Falle nachgeleitener unzulässiger Handlungen (Schläger, Körperverletzungen, Nichtigstellung der Miete usw.) und sonstiger in solchen Fällen in denen die Hausordnung vom Mieter in wesentlichen Punkten trotz mehrfacher Abmahnung wiederholt nicht innegehalten wird. Bei dieser Gelegenheit wurden wir noch darauf hingewiesen, daß diejenigen, die sich ein Haus kaufen, um hineinzuziehen, allen anderen Hausbesitzern vollkommen schiedlich werden müssen, daß also auch sie mit einer Genehmigung der Räumung nur dann zu rechnen haben, wenn ein in der Person des Mieters liegender Grund die Räumung als berechtigt erscheinen läßt. Eine jemand also daran geht, sich zu verewigen, ob die Voraussetzungen für eine mit Genehmigung des Mietvereinsungesamtes durchgeführte Räumung überhaupt vorliegen, denn der Richter des Saales kann nicht darauf rechnen, daß seiner Wohnungsnot wegen er anderer in Wohnungsnot gebracht wird. Dadurch würde selbst eine Verpachtung, aber keine Räumung der Wohnungsnot erreicht werden.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß das Mietvereinsungesamt auf Grund einer Ermächtigung des Mieters des Innern auch als Hypothekeneinsungesamt tätig sein kann. (Verf. Bekanntmachung betr. Einigungsamt vom 15. 12. 1914 R. 6. Bl. S. 11.) Als Hypothekeneinsungesamt vermittelt das Einigungsamt zwischen Hypothekensäubigern und Hypothekensüßern zwecks eines künftigen Ausweises in widerstreitenden Interessen, z. B. bei Zins-erhöhung, Räumung usw. Die Parteien sind verpflichtet, bei Vermittlung von Ordnungsfällen vor dem Hypothekeneinsungesamt zu erscheinen und über die zur Vermittlung erforderlichen Tatsachen Auskunft zu erteilen. Eine entscheidende Tätigkeit liegt aber dem Hypothekeneinsungesamt nicht zu. Es hat, wie gesagt, nur zwischen Hypothekensäubigern und Hypothekensüßern zu vermitteln.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.
Großschlachting.
Ammerdorf, 17. Dez. Am Sonnabend wurde ein in der Richtung nach Halle hier durchsahendes Fuhrwerk von der Route angehalten und durchsucht. Die wertvolle Ladung — es handelte sich um ein zwei Jahre früher erworbenes geschlachtet Schmalz — ist beschlagnahmt und der allgemeinen Ernährung zugeweiht worden.
Herdwühlwibel.
Haldewitz, 17. Dez. Hier wurde dieselbe Lage eine aus dem Herde zurückgekehrte Ammonitonschlange aufgefist. Ein Weibchen wurde von dem Weibchen zu merkwürdiger Höhe gehoben, dafür standen aber, wofausgerichtet mit den anderen Weibchen, zwei kleine Kletter an deren Seite. Das Weibchen wurde hier bald gefist, denn die Fische wurden im Stalle eines hiesigen Hausbesitzers gefangen und demselben die Kletter — denn diese gehören ihm — zurückgegeben. Die Sache dürfte noch ein gewisses Nachspiel haben.

Schirmader.
Schladitz, 16. Dez. Vor mehreren Wochen empfahl sich ein heulender Schirmader zum Reparieren von Schirmen. Das Geschäft ging, wie zum Teil noch gut erhaltener Schirme seien ihm in die Hände. Der Schirmmacher aber hat bis jetzt nichts wieder von sich hören lassen, ihm scheint nur daran gelegen zu haben, zu betriegen.

Truppenziehung.
Salle, 16. Dez. In den Morgenstunden des Sonntags ist das bereits für Sonnabend abend fällige angemeldete 1. Bataillon des Ersatz-Inf.-Regts. Nr. 36 (Inf.-Regt. 459) in Halle eingetroffen. Schon gegen 4 Uhr früh langte der erste Transport auf dem Gützerbahnhof an, nach 8 1/2 Uhr marchierten dann die Kompagnien, die Gewehre geladener, Spieße voran, die Offiziere hoch zu Pferde, die Reitertruppe hinter ihren Karren an. Hinter den Kompagnien folgten etwa 40 Fahrzeuge, Privatwagen, die Fahrzeuge der Maschinengewehrkompanie, dampfende Feldküchen, viele Gefährte mit Tannenzweigen geschmückt. Das Bataillon lag zuletzt in den Gräben vor Ultras. Es wird in der Rüberrgasse in Quartier gelegt.

Stadtorbordnetzung.
Querfurt, 16. Dez. Freitag nachmittag 5 Uhr fand eine öffentliche Stadtorbordnetzung statt. Es erfolgte die Annahme einer weiteren Erhöhung unseres Ehrenbürgers Herrn Regierungs-Präsidenten von Bülliger von 2000 M.

Eine Entschädigung der Beamten und Lehrer.
Weißfels, 14. Dez. In einer Verammlung der Beamten und Lehrer wurde folgende Entschädigung angenommen: Die in der hiesigen Anterriegemeinschaft vereinigten Beamten und Lehrerschaft ist gewillt, ihre Pflichten in der bisherigen Weise weiter zu erfüllen, um die behördlichen Organe und die staatlichen Betriebe von Besorgnis des Besorgens ordnungsmäßig und ungehindert im Gange zu erhalten. Weiter ist verurteilt darauf, daß die Regierungen und Verwaltungen in Reich, Staat und Gemeinde alles tun werden, um die durch den Krieg aufs allerhöchste betroffene Beamten- und Lehrerschaft wirtschaftlich sicherzustellen. Sie hält eine grundsätzliche Neuordnung ihrer Rechtsverhältnisse, unter der Beamten in weitem Umfang Gelegenheit zur Mitarbeit an der Verwaltung gibt, für dringend erforderlich. Als wichtigstes Erfordernis hierfür hält die Beamtenchaft die sofortige Einberufung der deutschen Nationalversammlung.

Großer Diebstahl.
Weißfels, 16. Dez. In der Nacht vom 13. Dezember 1918 sind hier aus einem Kaufgeschäfte 12 schwarze Samt-Damenmäntel und ein blaues Wollschafwolle in Werte von etwa 3000 M. gestohlen worden. Der Dieb hat mittels Nachschlüssels die Haustür geöffnet und hat dann die nach dem Geschäft führende Tür mittels eines etwa 2 1/2 Zentimeter breiten Stemmeisens aufgedrungen.

Aus Provinz und Reich
Demonstrationszug.
Naumburg, 17. Dez. Ein Demonstrationszug aus über 1000 Mägern des hiesigen 4. Jäger-Batals, durchzog unter Vorantritt der Militärkapelle die Straßen der Stadt bis zur Reichstrasse, um die Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrates haltend. Im Zuge waren Schilder zu sehen mit Aufschriften, wie: „Sofortige Einberufung der Nationalversammlung“, „Gute die sozialistische Republik!“, „Hoch die Regierung Ebert! Wir fordern sofortige Wahl!“ Da sich auch die über Militärrie angeschlossen, so erklärten sich hier etwa 2500 Soldaten für sofortige Einberufung der gesetzgebenden Versammlung.

Nefnahme eines Raubmörders.
Leipzig, 17. Dez. Der Raubmörder Alfred Schächler, der am 17. v. M. die Straßenbahnbesitzerwitwe Döge in Dresden mittels Durchschneidens des Halses ermordet und beraubt hatte, ist Freitag abend in Leipzig festgenommen worden. Er war, weil er sich in einem Kolohe der inneren Stadt unter einem falschen Namen verdinglich gemacht hatte, zur näheren Feststellung seiner Person der Kriminalabteilung zugeführt worden, die in ihm auf Grund der bei ihr vorhandenen Schilder den seit Wochen schon eifrig gesuchten Raubmörder Schächler erkannte. Der gemeingefährliche Mensch, der eine geladene Schußwaffe und einen Dolch bei sich führte, mußte sich schließlich zu einem Geständnis seiner ideoischen Tat bequemen. Er ist inzwischen bereits nach Dresden überführt worden, wo er seiner Urverteilung entgegensteht. — In den frühesten Morgenstunden des 12. Dezember wurde in der Sanktstraße von Polizeibeamten ein 17jähriger Mensch getroffen, der sich zwecks Unbetrüß. Während ein Beamter seine Ausweis-papiere prüfte, nach denen der Mensch ein ehemaliger Schächler aus Weitzel war, ergriff dieser plötzlich die Flucht, war verdächtige Entschre-

werfungen aus sich nach rechts im Laufen auf seine Verfolger einen Rekonstruktions ab. Der Täter vermochte auf diese Weise zu nächst in der Dunkelheit zu entkommen, wurde aber alsbald auf dem Hauptbahnhof festgenommen. Die mit fünf weiteren hiesigen Personen geladene Schußwaffe wurde ihm sofort abgenommen. Bei genauer Prüfung seiner Person zeigte es sich, daß man einen jener Schächler ergriffen und dingelt gemacht hatte, die in der letzten Zeit die Räder der Stadt umfuhren machten.

Die ersten Stadtorbordnetungen.
Braunschweig, 17. Dez. Bei den Wahlen zur Stadtorbordnetzung am 14. Dezember wurden abgegeben für die deutsche nationale Volkspartei 14.589 Stimmen, für die demokratische Volkspartei 18.064, für die sozialdemokratische Partei 23.508 Stimmen, für die unabhängige sozialdemokratische Partei 23.508 Stimmen. Es resultierten demnach auf Grund der Verhältniswahl die deutsche nationale Volkspartei 7 Sitze, die demokratische Volkspartei 9 Sitze, die sozialdemokratische Partei 8 Sitze und die unabhängige sozialdemokratische Partei 12 Sitze in der Stadtorbordnetzung.

Stadtorbordnetzung.
Mannheim, 17. Dez. Bei der Stadtorbordnetzung am 17. Dezember mit 1822 Stimmen 6 Sozialdemokraten und mit 3883 Stimmen 12 bürgerliche Stadtorbordnete gewählt.

Drei Personen ermordet.
Oberbarmin, 16. Dez. In Weichow im Kreise Oberbarmin wurde das Ehepaar Moritz und Sophie von Weichow ermordet. Darauf drangen die Mörder in die Gastwirtschaft, die dem Ehepaar gehörte. Hier ermordeten sie die 13jährige Tochter und warfen die Leiche in den Keller. Sie durchwühlten und raubten dann, was sie in der Wohnung fanden.

Unfallstall.
Wolfsramshausen, 16. Dez. Auf dem hiesigen Bahnhof wartete gestern nachmittag gegen 5 Uhr ein heimkehrender Arbeiter voll Ungebeud auf den von Genuß kommenden Urlaubszug. Er hatte voller Freude seinen Angehörigen von seiner baldigen Heimkunft Nachricht gegeben. Als der Zug eintraf, sprang er auf das Trittbrett eines Personenwagens, rutschte aber ab und fiel unter die Räder des noch nicht haltenden Zuges; sein Körper wurde in zwei Teile geschnitten.

Keitung von über einer Million Mark Seesgüter.
Csmaritz, 17. Dez. Der militärisch-polizeilichen Nach- und Wächter-Leberwachungsstelle Csmaritz ist es gelungen, Seesgüter im Werte von etwa einer Million Mark, die auf dem Wege des Schiffschiffes verhandelt werden sollten, für die Marine zu retten. Ein Beamten-Schiff und zwei Grenadiere einer aus dem Felde zurückgekehrten Divisions-Markensoldaten haben mit Hilfe gefischter Patrone, die sie sich genehmigt ausstellten, ihren amertreten mit Markensoldaten-Maren besahene Waagen verkauft, um den Erlös für sich zu behalten. Der genannten Dienststelle gelang es im letzten Augenblick, den größten Teil der Waren zu beschlagnahmen und der Seeserverwaltung zu übergeben. Auch das aus dem Erlös bereits verkaufte Waren erzielte Geld mußten die Arbeiter der Staatsfeste wieder abgeben.

Turnen, Spiel und Sport
Fußballsport. — R. F. S. II ist am Sonntag Germania I hier mit 7:1. — Die 2. Mannschaft der Bewegungsspieler ist durch Rückkehr guter Spieler und dadurch verminderte Ueberfüllung der 1. Mannschaft, sowie durch Sittungsgewinn neuer Spieler sehr verbessert geworden und wird in dieser Hinsicht auch in der nächsten Herbstperiode wieder einer der stärksten Mannschaften der 2. Klasse sein. Dem teilweise zu unentschiedenen und ungenauen Schuß der Stürmer im vorerwähnten Spiel ist es zuzuschreiben, daß das Resultat nicht weit höher ausfiel; die Ueberlegenheit der Bewegungsspieler ist in dem Resultat nicht genügend zum Ausdruck gebracht. Deswegen ist es zu erwarten, daß die nächsten Spiele zu einem Resultat im nächsten Jahre zu neuem Leben erwecken werden. Der Vorterrichterliche Nachprüfungsbescheid hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, die ihm angehängten Verbände aufzulösen, ihren Zusammenschluß in einen einzigen neu zu gründenden großen Verband in die Wege zu stellen.
Nachstehend gebührt die seit Juli 1914 vermisundenen Rennen wieder aufleben zu lassen.

Richard Lötts
Merseburg, Burgstrasse 7, Fernsprecher 20
Specialgeschäft für moderne Geschenke
Papierhandlung Geschäftsbücher Bürobedarf Kunsthandlung Schreibmaschinen
Aparthe Geschenke in Bronze, Altsilber, Altmessing, Zinn, Porzellan u. Kristall
Künstlerischer Wandschmuck
Moderne Rahmung von Bildern
Feine Brieffapiere in geschmackvollen Packungen
Monogramm Prägung
Namen Aufdruck
Moderne Kalender
Feine Lederwaren
Damenfächer

Weihnachtsausstellung

KAMMER-LICHTSPIELE. ::

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:

„Die Sprache der Vergangenheit!!!“

Hervorragendes, ergreifendes Schauspiel aus dem Leben.
In der Hauptrolle Fräulein **Gudrun Houlberg.**
Hierzu ein außergewöhnliches prächtiges Beiprogramm.
Es werden jedem Besucher genügende Stunden versprochen.

Puppen und Spielwaren

Sehr große
Auswahl.

bekannt billig.

Bescheidene
Preise.

Hans Käther, Markt 20.

Gibt den Handwerkern Arbeit!

Die Demobilisierung hat im vollen Umfange und mit unvorhergesehener Schnelligkeit begonnen, unsere Feldfrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu rechtlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hunger und Auswanderungen. Schon sind Einzel und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Annahmestellen arbeitsfähiger Arbeiter und Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdiensten zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug, auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten seinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperlichkeiten auch an jeden Privatbetrieb und Privatbesitzer der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Dienst zurückkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und fordern zu müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten obliegen, Aufträge vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgefallen waren, wird es Henderinnen und Ausbesserinnen geben die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verständlich kleine Bestellungen müssen gebracht werden. Verlangt sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise überhöht sein werden. Wir sind unsere Handwerker und Werkmeister jetzt ohne Verdienst, zu können daraus Aufträge entstehen, die die Gesamtheit und jedem einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

Merseburg, den 5. Dezember 1918.
M. 1958/18. Der Magistrat.

Paul Rath, Goldschmied
Gold- und Silberwaren

Prachtvolle
Weihnachtsgeschenke

Eigene Werkstatt Gravierungen
Gottschalkstraße Nr. 14.

Grundstück Merseburg

Mitte der Stadt, Wohnhaus, Seiten- und Hintergebäude, mit Gastwirtschaft, Pferdehall, Hof, 2 Straßenfronten, Torerinfahrt, sofort zu verkaufen.
Offerten unter A. 5640 an die Expedition dies. Zeitung.

Kunstgläser

einige ausgeübte Stücke, verkauft.

Beinhauer
14. Weiße Mauer 14.

HERMANN SCHLÄDITZ

UHREN
GOLD- UND SILBERWAREN
OPTISCHE ARTIKEL
JETZT

KL. RITTERSTR. NO. 11.
PERNSPRECHER 472.

Pelzwaren

Pelzkragen und Muffe
für Damen und Kinder
in modernen Formen u. bester Verarbeitung.

Damen-Pelzhüte
Herren- und Knaben-
Pelzkragen und Pelzmützen.

J. G. Knauth & Sohn.



Reizende Neuheiten

in:

Spielwaren



Spielwaren

für Knaben und Mädchen.

Paul Ehlert, Entenplan 11.



Jacken-Kleider

Sport-Form
Herren-Schneiderarbeit
Tadelloser Sitz,
empfiehlt preiswert

H. Schnee Nachf.,
Halle a. S., Gr. Steinstraße 84.



Die Geschen-Ansicht
im Gummi-Warenhaus
Grahnels ist einzig und
kann von
keiner Seite
übertrifft
werden.
Man
komme, sehe
und kaufe.

Kümmel

neue Ernte
Pfund 16.— M.
Hermann Weniger
Neumarkt-Drogerie
Telefon Nr. 254.

Arbeitspferde

unter zwölf die Auswahl, sofort zu verkaufen.
Rittergut Wegwitz.
Neuer oder gebrauchter gut
erhaltener

Teppich

Größe 2x8 oder 2 1/2 x 4 Meter
sofort zu kaufen gesucht. An-
gebote unter D. an die Exp.
des Blattes erbeten.

Eine Konzert-Zither

mit Noten und Notenständer
zu verkaufen.
zu erfragen
Obere Breitestraße 7.

Wer nimmt 6 Mon. altes Kind als eigen an?

Gute Behandlung Voraus-
setzung. Näheres in der Exp.
dieses Blattes.

Kleiner Laden

mit Möbeln mit Wohnung in
guter Geschäftslage zu mieten
sucht. Gefällige Angebote
unter „Laden“ an die Ge-
schäftsstelle dieser Zeitung.

Ausgekämmtes Damenhaar

kaufte höchstgültend
Alfred Kluge,
Bahnhofstraße 8.

Anwartsung

für sofort und
Gausmädchen
zum 1. Januar 1919 gesucht
 Frau Dr. Rademacher,
Poststraße 14.

Junges Mädchen, in der Gausarbeit, zur Unterz. d. Gaus-

frau in H. Haushalt (3 Pers.),
zum 1. Jan. od. früher gesucht.
Ang. in Geschäftsentr. mit M.
K. 2 an die Geschäftsst. d. Bl.

2 bis 3 procentige Pferdeknechte

finden bei voller Kost und
Wohnung dauernd Stellung
bei
Otto Kettel, Landwirt,
Bism. bei Halle a. S.

Lehrling

für unsere Druckmaschinen-Abteil-
ung gesucht
Merseburger Tageblatt.

Am 16. Dezbr. abends in der Karlstraße dunklen Pelzkragen mit röthlichem Wollfutter

verloren.
Wegen Belohnung abzugeben
Karlstraße 31.

Trauring

aus G. S. verloren von
Bismarckstr. 2 bis Ecke Poststr.
Abzugeben gegen gute
Belohnung in der Exp. d. Bl.

Als Weihnachtsgeschenk

empfehlen wir unseren
Musikrifen

Familien-Kalender

Derselbe bringt, wie in den Vorjahren, viel
Interessantes und Wissenswerthes und ist für
den billigen Preis von **30 Pfg.** bei uns er-
hältlich

Merseburger Tageblatt
(Kreisblatt.)

Puppen, Spielwaren, Geschenkartikel

in grösster Auswahl.

Spielwarenhaus
Wilhelm Köhler,
Gotthardtstrasse 5.